

mit dem Tode bezahlen; es starb nach acht Tagen unter großen Schmerzen an einer Bauchfellentzündung.

Der einen Mause konnte eine direkte Schuld nicht nachgewiesen werden: sie wurde freigesprochen; die andere, die Ziti, erhielt wegen fahrlässiger Tötung acht Monate Gefängnis.

Der Staatsanwalt meinte, es sei bedauerlich, daß jene Forderungen, die doch glau durch stichtige Inserate nicht zurückweisen, sondern sich bei den verbrecherischen Weibern durch Einreichung von Offertbriefen um diese schmutzigen Inserate sogar noch bewerben, wie ein unter den beschlagnahmen Briefen vorzufindender Brief der „Ansbacher Zeitung“ (ein „anständiges Familienblatt“) beweise.

Daß in beratigen Fällen aus der Inserateneinnahme eine Beihilfe zu der Straftat selbst nicht konstruiert werden könnte, erscheint uns unrichtig. Etwas anderes ist die unferes Erachtens zu bejahende Frage, ob die grausamen auf Abtreibung gesetzten Strafen zu befechtigen und ob die Strafbarkeit selbst solch traurige Fälle fahrlässiger Tötung oder die noch schlimmer liegenden langjährigen Stiehmums der behandelten Frauen mitverschuldet.

*** Der gerichtlich anerkannte Schnapsbockst.** Ein Gastwirt am Bayerischen Platz in Schöneberg hatte das Verwaltungsverfahren eingeleitet, weil auf das wiederholte Erlauchen der Auszahlung von Spirituosen nicht gestattete wurde. In seiner Klage hatte er unter anderem auch darauf hingewiesen, daß die bei ihm verkauften Arbeiter und Handwerker zum Bier regelmäßig einen Schnaps verlangten. Mit seiner Klage ist der Gastwirt jetzt vom Stadtschulch wieder abgewiesen worden. Interessant ist in der Urteilsbegründung, daß der Stadtschulch sich auf die demokratischen Schnapsbockst bezieht. Es heißt nämlich in dem Urteile:

„Wenn der Kläger behauptet, daß bei den Arbeitern und Handwerkern nicht ein Bedürfnis zum Spirituosenkonsum vorliegt, so muß dem entgegengehalten werden, daß der Spirituosenkonsum in sozialdemokratischen Kreisen ein Bedürfnis ist und durch die auf dem sozialdemokratischen Parteitag beschlossene Schnapsbockst von der Arbeiterkassen weiter erheblich eingeschränkt werden wird.“

Auch in Breslau ist der Schnapskonsum in einzelnen Gastwirtschaften um 50 Prozent zurückgegangen, doch folgen wir einem Hinweis der betroffenen Gastwirte, wenn wir darauf aufmerksam machen, daß natürlich auch der Schnapskonsum im eigenen Hause unter den Vorkost fällt. Man will die Beobachtung gemacht haben, daß einzelne Familien stärkere Quantitäten Schnaps im Konsumverein einkaufen. Wenn auch der Hausverbrauch an Branntwein nie so stark werden wird als der Kneipentrunf, so ist doch die Anschaffung jeder Quantität Branntwein auf das schärfste zu verdammen.

Der Kampf um die Unfallrente.

In der Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiterverletzungen vom 9. d. M. lagen 80 Sachen zur Entscheidung vor. Wie gewöhnlich wurden die meisten der Unfallverletzungen anerkannt. Der Arbeiter Paul Simmert in Saccrau hat einen schweren Unfall erlitten und zwar einen Schenkelbruch. Die Versicherungsanstalt bewilligte ihm eine Rente von 50 Prozent, mit der er aber nicht zufrieden ist, da sein Leiden ihn zu keiner Arbeitleistung befähigt. Die Versicherungsanstalt hat ein Oberurteil von Professor Alexander erlangt und dieses lautet dahin, daß der Verletzte an einer tuberkulösen Bauchfellentzündung und hochgradiger Lungenentzündung leidet, ein Zusammenhang des Unfalls mit diesen Krankheiten besteht oder nicht, auch eine Verschlimmerung durch den Unfall sei nicht anzunehmen. Die Frau des Verletzten, die ihren Mann in der Verhandlung wider vertrat, behauptete, es liege bei ihrem Mann weder Bauchfellentzündung noch Lungenentzündung vor, nur das Bein sei vollständig lahm, man sehe nur noch Haut und Knochen, er sei vollständig abgemagert, er könne nicht mehr stehen. Der behandelnde Arzt Dr. Krüschke hielt den Zustand für Wasserlucht. Das Schiedsgericht schloß sich auf das vorliegende Gutachten und wies die Frau ab.

Die Witfrau Maria in Groß-Sommerow hat um die Gewährung der Hinterbliebenenrente für sich und ihre Kinder. Ihr Mann sei infolge eines Verkehrsunfalls frühzeitig gestorben. Mit der Sache hat es eine evarnartige Bewandnis. Es ist nicht bestimmt nachzuweisen, ob und in welcher Weise ein Verkehrsunfall vorliegt. Die Klägerin behauptet, ihr Mann habe durch eine Latte einen Schlag in die Magengegend erlitten. Den Tag des Unfalls wies die Frau auch nicht bestimmt anzuweisen. Kurz darauf sei ihr Mann schwer erkrankt und im Verlaufe von vier Wochen gestorben. Es wurde ein Zeuge vernommen, der behauptete, er habe über Wagenentwurf geteilt und den Reagen erlitten, er möchte einmal fühlen, daß er ein Geschwür im Magen habe. Die Versicherungsanstalt hat die Leiche sezieren lassen und die Ärzte haben begünstigt, daß der Mann an einer rechtsseitigen Lungenentzündung gestorben ist. Eine Verletzung im Magen sei nicht abzuweisen worden. Auch diese Frau wurde mit ihrem Gesuch zurückgewiesen.

*** Zum Abschied des Oberpräsidenten von Schlesien.** Der am 1. Januar bestimmt erfolgt, werden allerhand Kombinationen laut. Neben dem Gesundheitszustand, die bei einem Mann von 72 Jahren erklärlich erscheinen, sind es meistens Gründe politischer Natur, die als Motiv für seinen Rücktritt angegeben werden. Die „Köln. Volksztg.“ glaubt ihn auf das polnische Sprachverbot beim Katholikentag und die schärfere Polenverfolgung zurückzuführen zu sollen, die Graf Hedlich-Lelighier nicht in allen Teilen mitmachen wollte. Dieser Sprachverbot war ja seinerzeit eine politische Dummheit — wenigstens vom Standpunkte der Regierung aus. Denn die Polen sollten auf dem Katholikentag in ihrer Muttersprache regieren und Schnapsblockade eingeführt werden — da trat die Regierung dazwischen und verbat sich die übliche Prozedur. Daß aber über einen solchen Streich ein hoher Beamter fällt, glauben wir nicht. Als zweites Gesicht über den Rücktrittgrund wird angeführt, daß sich der Präsident zu stark für die Pöwelschen Schwaßprojekte engagiert habe und er mit diesen Projekten fallen müsse. Schließlich fährt man die Demission noch auf eine Rede über die technische Hochschule zurück, aus welcher der feste Vorwurf heransprang, daß für solche Kulturwerke in Preußen nur wenig Geld übrig sei.

Wie gelangt — es sind alles nur Kombinationen, und es ist eine besondere Eigentümlichkeit des preussischen Polizeistaates, daß sich die Bürger bei wichtigen Änderungen im Beamtenstand den Kopf zerbrechen dürfen, aber die amtlichen Gründe niemals erforschen. Wir sind eben noch „Unterthanen“, keine Staatsbürger.

*** Aus der Gemeindeführung von Arletoren.** In der am Montag stattgehabten Sitzung wurden zuerst die Wahlen der Wahlmänner vorgenommen, welche in Kürze einige Abgeordnete zum Reichstage zu wählen haben. Die Wahl war gefreit, doch gingen aus ihr als ganz selbstverständlich hervor. Des weiteren hatten einige an der Schaussee wohnende Besitzer eine Eingabe an die Gemeindeführung gemacht.

Chaussee, wo ihre Häuser sind, mit einigen Laternen versehen werde. Dieser Wunsch ist sehr berechtigt, aber leider waren die Anwesenden davon nicht zu überzeugen und darum wurde der Antrag abgelehnt. Das ist bedauerlich, doch ist jedenfalls in der Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen. Sodann wurde zu dem kürzlich angenommenen und auch an dieser Stelle veröffentlichten Antrag die Mitteilung entgegen genommen, daß die vorgesehene Maßnahme es in der gefassten Form nicht anerkennt, weil ein Teil schon im Gefolge seiner Erläuterung gefunden hat. Es wurde schließlich in der Form angenommen, daß die Anbringung von Plakaten und Schildern erst die Genehmigung nachgesucht werden muß. Der vierte Punkt der Tagesordnung war ebenfalls der interessanteste. Hat ja vor einiger Zeit der in Arletoren wohnende Willensbacher Klau der Gemeinde eine Summe von 1000 Mark übergeben zu irgend einem gemeinnützigen Zwecke, jedoch sich die entgeltliche Zulage über die Verwendung vorbehalten. Im Laufe der Zeit hat er jedoch den Wunsch geäußert, daß dafür ein Schulplatz errichtet werden möge, der seinen Namen zu tragen habe. Die Gemeindeführung ging jedoch auf diesen feststimmten Wunsch nicht ein und er hat sich zur endgültigen Entscheidung Kritik bis zum 1. Juli 1910. Damit war jedoch der auf seinen Namen sehr eifrige Herr Klau nicht einverstanden und er bezeichnete als Erbverminderer den Wunsch auszubringen, den Verbindungsweg zwischen der Haltestelle der Straßenbahn am Silberpark und der Gemeinde Arletoren zu befestigen. Doch konnte auch diesem Verlangen nicht zugestimmt werden, weil ja der Weg der Stadtgemeinde Breslau gehört. Es muß anerkannt werden, daß dieser Wunsch sehr berechtigt ist. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Stadtgemeinde Breslau endlich einmal Sorge tragen würde, diesen Weg in Ordnung setzen zu lassen. Bei schöner Witterung herrscht keine Klage, aber bei Tau- oder Regenwetter ist er schlecht befahrbar, was bei dem starken Verkehr viel zu sagen hat. Es wäre für die Passanten wirklich eine große Erleichterung, wenn die Breslauer Stadtväter diese Sache ganz energisch in die Hand nehmen würden, des Landes der Arletorer sind sie im voraus sicher. Dem Herrn Klau wurden aber so viel Vorschläge gemacht, wie er die 1000 Mark für gemeinnützige Zwecke innerhalb der Gemeinde verwenden kann, daß er also nur zu wählen hat. Offensichtlich macht der Herr davon Gebrauch, ohne auf seine öffentliche Namensnennung zu bestehen, damit wir in kurzer Zeit etwas für die Gemeinde Erreichtes melden können.

Zum Schluß wurde die Frage der Wasserabfuhr beraten. Zu diesem Zweck hat der Kreis eine Beihilfe von 1500 Mark bewilligt. Um aber die Steuerquote der jetzt in der Gemeinde wohnenden Steuerzahler nicht gar so hoch zu treiben, müßte ein Darlehen aufgenommen werden. Die Höhe beträgt 12 000 Mark, der Zinssfuß 2 Prozent, das Kapital ist in 20 Jahren zu amortisieren. Der Vorschlag ist auf Verwendung des Landrats die Schießsche Feuerlokalität in Breslau.

*** Tarifbewegung im Bräuer- und Backbindergewerbe.** Die freizugewanderten Arbeiter und Arbeiterinnen im Backbindergewerbe sind daran gegangen, ihre Lage zu verbessern, da die Löhne, wie sie bisher geblieben sind, für die Lebenshaltung unzureichend sind. Der Backbinder, der eine vierstündige Arbeit verrichten muß, ist schlechter gestellt als jeder unqualifizierte Textilarbeiter oder Bararbeiter. Der dreistündige Tarifvertrag läuft Ende dieses Jahres ab und man ist daran gegangen, einen neuen Tarif aufzustellen und ihn den Arbeitgebern zur Annahme zu unterbreiten. Die Verbesserungen, die nach einer dreijährigen Vertragsdauer gefordert werden, sind so wichtig, daß die Arbeiter sich der Hoffnung hingeben konnten, daß die Unternehmer sich nicht sträuben werden, sie anzunehmen oder wenigstens ein Entgegenkommen zu zeigen. Die ersten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer haben jedoch kein Resultat ergeben. In der am Dienstag im Gewerkschaftshaus abgetretenen Versammlung, die erkrankheitsweise zahlreich besucht war, besonders von Frauen und Mädchen, wurde das ungünstige Resultat der Unterredung mit den Prinzipalpartnern mitgeteilt.

Genosse Witzger-Berlin, der als Vertreter des Hauptverbandes hier ist, schilderte in großen Zügen das Elend der im Backbindergewerbe beschäftigten Personen und schloß den Anwesenden die Notwendigkeit des Zusammenschlusses vor Augen. Breslau steht in Bezug auf die Arbeitsbedingungen anderen deutschen Städten weit nach; es sei Teil verhandeln dies die Kollegen selbst, da sie es unternahmen, sich richtig zu organisieren, solche Unterlassungsünden würden sich später recht bitter. Der Referent hofft, daß die Kollegen und Kolleginnen der Organisation nunmehr rein bleiben und unangelegentlich für die Erhaltung des Verbandes wirken werden, dann, aber nur da n, werde es gelingen, dem er vollen Ziele näher zu kommen.

Genosse Albert verbreitete sich sodann über die geäußerten Verhandlungen. Der Wortlaut des Tarifentwurfes ist bereits in der „Volksmacht“ veröffentlicht, es braucht daher nur angegeben zu werden, wie weit die Herren Backbindermeister Zugeständnisse zu machen beabsichtigen. Aus den Ausführungen Alberts war zu entnehmen, daß das, was die Herren anbieten wollen, gänzlich unannehmbar war. Für das nächste Jahr 1910 wollen sie überhaupt keine Zulage gewähren, erst im Jahre 1911 eine solche von — 1 Mark pro Woche! Von einer Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden wollen sie überhaupt nichts wissen. Der Mindestlohn für Arbeiterinnen von acht Mark ist ihnen auch zu hoch, kurz, die Unternehmer weigern sich, irgend welche annehmbaren Zugeständnisse zu machen, die man nach dreijähriger Dauer als ein Entgegenkommen betrachten könnte. Unter diesen Umständen stehen den Arbeitern nur der Weg offen, ihrer Forderung mehr Nachdruck zu geben, es trage sich nur, ob die Kollegen wirklich geschlossen seien, einen Kampf aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß er bis zu seiner letzten Konsequenz durchgeführt wird. Wenn das der Fall sein sollte, dann würde auch der Verband seine Stützpunkte tun.

In der Debatte wurde die Notwendigkeit energischer Vorgehens betont. Ein Veteran der Arbeit, der seit Gründung der Breslauer Verwaltungsgewerkschaft als deren Mitglied angehört, sprach sich an seine Kollegen und Kolleginnen, doch ließ er keine Fühne zu halten und unermüdet zu kämpfen. — Hoffentlich nehmen sich die Kollegen den alten Mann zum Vorbild. Auch der Vorlesende, Genosse Neugebauer, erwähnte die Anwesenheit ihrer Pflicht und Schuldigkeit zu tun.

Die Abstimmung war recht einträglich: Als der Vorlesende die Frage stellte, wer von den über 800 Anwesenden bereit sei, abgesehen durch einen solchen Streik eine Verletzung ihrer ege zu ermginnen, da erhoben sich sämtliche Kollegen und Kolleginnen und stimmten mit großer Begeisterung dem Vorne zu, endlich einmal Ernst zu machen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der beiden Referenten einverstanden. Sie bedauert die geringen Zugeständnisse der Prinzipale zu den Forderungen und kann sich mit den gemachten Vorschlägen nicht einverstanden erklären. Sie beauftragt die Tarifkommission, bei der ersten Beratung beider Kommissionen sich im wesentlichen an die eingereichten Forderungen zu halten. Die Bestimmungen verpflichten sich die nach fernstehenden der Organisation anzuführen, um im Ernst alle durch einmütigen Handelns die berechtigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

*** Die Rückversicherung der südlichen Feuerlokalität — aufgehoben?** Der Aufsicht V der Stadtverordnetenversammlung beschloß dem Vorne dem Magistratsrat zur Annahme zu empfehlen, daß der Aufsicht der südlichen Feuerlokalität einerseits und der Thüringia und drei anderen Versicherungsanstalten andererseits befristet bis zum 31. Dezember 1909, Mittags 12 Uhr, ablaufende Rückversicherungsverträge nicht weiter verlängert und daß die Rückversicherung der bei der südlichen Feuerlokalität versicherten Gebäude in Zukunft aufgehoben wird.

*** Geschlossen aufeinander wurde am 27. September im Hoch**

Aus Schlesien und Posen.

Ein Bezirks-Major für den Schnapsbockst.

Am 6. November fand in Ober-Mittlau bei Alt-Warbau die diesjährige Herbst-Konferenz der Kontraventions-Konventionen statt. Nach dem üblichen Verlesen der Namen der Kontraventions-Konventionen hielt der leitende Bezirksmajor eine Art Rede über „Die ruinierende Sozialdemokratie und die gegenbezüglichen Anstrengungen.“ Nach der üblichen Kononade auf die moderne Arbeiterbewegung und auf die alles unterwühlende Sozialdemokratie, erwähnte der Bezirksmajor unter anderem auch den schwedischen Generalkonvent und sagte, daß es der deutschen Arbeiterklasse viel zu gut ginge, es kann absolut kein Geldmangel bei ihr vorhanden sein, denn sie hätte ja Tausende und Hunderttausende von Mark übrig, um so einen nutzlosen unnötigen Streit zu unterhalten. Angebracht wäre es, daß jeder dem Kriegereisen beizutritt, welcher so „gut“ Unternehmungsbehringungen aufzuweisen hätte. (Welcher Art diese sind, erwähnte er freilich nicht.) Eine gute Einrichtung könnte er leider der Sozialdemokratie nicht absprechen, das war die Abkennung-Bewegung, besonders der Schnapsbockst. Wenn auch der Grund manchmal nicht nach seinem Geschmack sei, so ist der Schnapsbockst doch in seinen Augen ein gutes Werk.

Arbeiter von Warbau und Umgegend! Dieser Anerkennung aus den Reihen unserer größten politischen Feinde wollen wir uns auch fernherhin würdig zeigen und den Schnaps so viel wie möglich meiden.

Einen kleinen Neudeutsch wird dieses freimüthige Bekenntnis bei den Schnaps-Junkern schon hervorrufen.

Strehlen, 10. November. Stadtverordnetenwahl. Den Erfolgen unserer Genossen in Briel und Neustadt reißt sich Strehlen würdig an. Bei den gestrigen Wahlen erhielten unsere Genossen Müller 163 (1907: 46) und Schreiber 152 Stimmen (46), während es die Deutscher Partei auf 178 und 189 Stimmen (1907: 80) brachte. Damit sind unsere Genossen in die Stichwahl gekommen. Die bisherige Stadtverordnetenliste innehabende Bürgerpartei (Dittmar-Liste) erhielt nur 76 beziehungsweise 44 Stimmen (1907: 128), und fiel dadurch ganz aus. Die Partei des letzteren hat damit für den unehrbaren Hochmut ihres Führers, des Ausschüßers Dittmar, die wohlverdiente Dittung erhalten. Die früheren Mitglieder der Partei wählten nicht nur die Kandidaten der gegnerischen Richtung, sondern ließen sich, wie der Schloßmeister Kiebel, noch als Kandidaten der Gegner aufstellen. Bezeichnend war ferner der Hwang, der von den Behörden und der Deutscher Partei ausgeht wurde, um ihre Kandidaten, den abgemauerten Herrn Kiebel und den seit einem Jahre in Strehlen wohnenden Postdirektor Danke, durchzubringen. Nicht nur alle Polizeibeamten und Sachverständigen, sondern auch sämtliche Post- und Bahnbeamten, die sich gegenseitlich abhändeln mußten, wurden an den Wahllokalitäten. Die Stichwahl wird nun zeigen, ob die Mitglieder der Dittmar-Partei auch ferner Herrn Dittmar Folge leisten und in den Abwahlen ihre Gegner setzen, oder ob sie sich zu der Energie aufrufen können, mit den Arbeitern zusammen gegen die Deutscher Partei zu gehen.

Oslan, 9. November. In der Stadtverordnetenversammlung wurden gestern für Errichtung von Schussblenden im Strohhaule 8800 Mk. bewilligt. In geheimer Sitzung stimmten die Stadtverordneten der neuen Polizeibehörde für die Drobenerschulung der Stadt entstehen dadurch jährlich etwa 4000 Mk. Mehraufwand.

Freiburg, 10. November. Die Stadtverordnetenwahl, welche am Montag stattfand, haben noch zu keinem endgültigen Resultat geführt. Von 1237 eingeschriebenen Wählern gaben in der dritten Abteilung 584 ihre Stimmen ab, eine Wahlbeteiligung, wie sie hier noch nie zu verzeichnen war. Es standen 10 Kandidaten, 6 Bürgerliche und 4 Sozialdemokraten zur Wahl. Gleich zu Beginn der Wahl strömten die bürgerlichen Wähler in Scharen herbei, nur hin und wieder hörte man einen Genossen nennen. Die Gegner hatten daher gegen Mittag einen gewaltigen Vorsprung. Als sich aber Mittags die Fabrikpforten öffneten, änderte sich das Bild sehr schnell, wir hielten nicht nur die Gegner ein, sondern überholten sie noch beträchtlich. Nun begannen die Gegner fleißig zu arbeiten. Alles, was abhängig war, Kaufleute, Beamte usw. wurde mobil gemacht und herangezogen, so daß kurz vor Schluß der Wahlzeit nochmals ein großer Ansturm zum Wahllokal entstand. Durch diesen Vorstoß der Gegner wurden unsere Genossen überstimmt und in die Stichwahl gedrängt. Es erhielten Stimmen die Genossen Fleischer 276, Wiltner 262, Sobel 252 und als Ersatzmann Genosse Lusch 236. Von den Gegnern erhielten Stimmen Fabrikdirektor Beder 313, Kaufmann Reimers 306, Schuhmachermeister Pohl 278 und als Ersatzmann Fabrikant Renner 278. Da die absolute Majorität 293 beträgt, waren Fabrikdirektor Beder und Kaufmann Reimers gewählt, während Genosse Fleischer mit dem Schuhmachermeister Pohl und Genosse Lusch mit dem Fabrikanten Renner in Stichwahl kommt. Unsere Stimmzahl erhöhte sich von 165 bei der letzten Wahl auf 276. Die Geschädigten enthielten sich der Wahl mit wenigen Ausnahmen. Einzelne, die von Arbeitergenossen waren, stimmten gegen die Arbeiterkandidaten. Offenbar haben sie für Arbeiterkandidaten kein Interesse.

Gröschberg, 10. November. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Dienstag Abend in der Eichberger Papierfabrik. Ein Arbeiter wurde vom Treibriemen erfaßt und mehrere Male herumgeschleudert. Schwerverletzt wurde der Verunglückte in das städtische Krankenhaus eingeliefert. **Bolkenhain, 10. November.** Der Amtsgerichtliche Sekretär als Beihilflicher Wegen Verweigerung wurde der Amtsgerichtliche Sekretär Bolkenhain von hier von der Disziplinarkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Reustadt OS., 10. November. Die Stadtverordnetenwahl, welche am Montag hier stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen, an denen sich die hiesigen Genossen das erste Mal beteiligten, brachten uns, wie schon gemeldet, einen schönen Erfolg. Das Resultat verdrängt Angst und Schrecken im Zentrumslager, und der hiesige Bürgerverein, der es wagte, in der Kandidatenfrage etwas anderes Meinung als das sogenannte offizielle Zentrumskomitee zu sein, bekommt den ganzen Lohn zu spüren. Schon vor der Wahl wurde den Kandidaten des Bürgervereins jede Zugehörigkeit zum Zentrum abgeprochen, und das rote Gespenst an die Wand gemalt. Ein Stichwort laut: „Man soll bei Zeiten nicht an die Wand malen.“ Und siehe, das Zentrum wagte es, und mußte es erleben, daß dieses Sprichwort in Erfüllung ging. Über noch ein Sprichwort des Bürgervereins, welches sonst immer die Sozialdemokratie als eine Gefahr betrachtete, ist zu hören: „Der Sozialdemokratie ist kein Feind der Arbeiter.“ Dieser Spruch hat sich jetzt bewahrheitet, folgende Botschaft: „Der Sozialdemokratie ist kein Feind der Arbeiter.“ Die Sozialdemokraten haben sich das erste Mal bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen selbständig beteiligt. Es haben es verstanden, die Unruhmäher in bürgerlichen Lager sich anzuheben zu machen und durch die Wahl im Stille und durch geschicktes Vorgehen 100 Stimmen zu gewinnen.

Öffener im Mittel Goethes.

Das Gedicht Goethes vollkommener Erfolg ist eine große... In der That hat Goethe die Natur und die Welt...

Zwei Briefe an Schiller.

Ich bin Ihnen dankbar für die Briefe, die Sie mir geschickt... Ich habe sie mit großer Freude gelesen...

Schiller und seine Mutter.

Schiller und seine Mutter. Ein interessantes Stück... über die Beziehung zwischen Mutter und Sohn...

Die Mücke.

Die Mücke. Ein Gedicht von Schiller... über die kleine Insektenwelt...

Die Mücke.

Die Mücke. Ein Gedicht von Schiller... über die kleine Insektenwelt...

Die Mücke.

Die Mücke. Ein Gedicht von Schiller... über die kleine Insektenwelt...

Die Mücke.

Die Mücke. Ein Gedicht von Schiller... über die kleine Insektenwelt...

Die Mücke.

Die Mücke. Ein Gedicht von Schiller... über die kleine Insektenwelt...

Die Mücke.

Die Mücke. Ein Gedicht von Schiller... über die kleine Insektenwelt...